

Pilotprojekt Lärmminderung Vaihingen

Viel Lärm um nichts?

Längst haben Mediziner und Gesundheitsorganisationen, Dauerlärm als einen der stärksten und häufigsten gesundheitsschädlichen Stressfaktoren ausgemacht. 1996 beschloss die Stadt Stuttgart ein Pilotprojekt zur Lärmminderung im Stadtbezirk Vaihingen. Vier Jahre dauerte die Analyse der Lärmquellen und die Aufstellung der daraus unter Bürgerbeteiligung an einem runden Tisch entwickelten Maßnahmen zur Minderung des Lärms. Im Mai 2000 beschloss der Gemeinderat einen Maßnahmenkatalog für Vaihingen.

Seither ziehen Vertreter der Stadt Stuttgart durch die Lande, um sich als vorbildlich in Sachen Umwelt- und Lärmschutz sowie Bürgernähe preisen zu lassen.

Was sie bei ihren Vorträgen gerne verschweigen: bis heute – also weitere 5 Jahre später wurde kaum eine der in dem Plan vorgeschlagenen Maßnahmen zur Lärmminderung verwirklicht.

Weil die wissenschaftlichen Untersuchungen tatsächlich zu dem Ergebnis gekommen waren, dass die Hauptlärmquelle der Autoverkehr ist, wurde als eine kurzfristig zu realisierende Maßnahme ein flächendeckendes Fahrverbot für LkWs über 3,5 t (ausgenommen Anlieger) beschlossen. Auf den Internetseiten der Stadt Stuttgart wird die Anordnung des Fahrverbots noch heute für das Jahr 2002 angekündigt.

Im November 2003 stellte

Stuttgarts Umweltbürgermeister Beck den nach seinen Worten als vorbildlich eingestuften Lärmminderungsplan auf einer Konferenz von Vertretern europäischer Metropolen vor und kündigte die Anordnung der LkW-Fahrverbots für das Jahr 2004 an.

Tatsächlich hat sich dann in Vaihingen im Jahr 2004 etwas in Sachen Lärm getan: Mit dem Bau und der Eröffnung der Schwaben-Galerie sind die Lärm- und Schadstoffbelastungen durch den Autoverkehr nicht nur in der Ortsmitte noch einmal deutlich angestiegen. Das Fahrverbot für LkWs gibt es bis heute nicht, obwohl die Voraussetzungen (Umfahrungsstrassen) seit vielen Jahren vorhanden sind und die Sperrung zumindest der Hauptstrasse für Lastwagen dazuhin auch als eine der Begleitmaßnahmen zum Bau der Ostumfahrung verbindlich be-



schlossen worden war.

Auch von den weiteren Maßnahmen zur Lärmminderung – Pförtnerampeln, Strassenrückbau, Geschwindigkeitsbegrenzungen – weit und breit nichts zu sehen. Allein der abmarkierte Radweg in der Rottweilerstraße geht in diese Richtung. Die aber hätte nach dem Lärmminderungsplan ganz gesperrt und die Kaltentaler Abfahrt im Gegenverkehr betrieben werden sollen.

Kaum zu glauben ist die Begründung der Stadtverwaltung für das immer noch ausstehende Fahrverbot für LkWs: Allein die Planung der aufzustellenden Verkehrsschilder benötige mindestens ein- bis eineinhalb Jahre.

Kein Kommentar

von Gerhard Wick



Vaihingen hat vier Stadträte in den großen Fraktionen. Könnten die nicht einmal gemeinsam dafür sorgen, dass wenigsten bereits Beschlossenes auch umgesetzt wird?



Das volle (Musik) Programm

Samstag, 18. Juni:

12:00 Psycdalic Shrimpz (HipHop)

13:00 Suppersonnig (Rap)

14:30 Skattle Grid (Rocking Ska)

16:00 Not Available (Punkrock)

18:00 Unbound (Metal)

20:00 Dry Rot (Metal)

Sonntag, 19. Juni:

12:00 MMMät

featuring Ramu Shanki Sangeskunst aus Rohr

13:00 Long Jones (Rock)

14:30 Bungalo Bang Boys (Rock)

16:00 Die Logonauten (Punkpop)

18:00 Park Lane 7 (New Rock)

VorOrt Nr.33 Seite2

VorOrt-Service: Termine kostenlos im Internet ankündigen

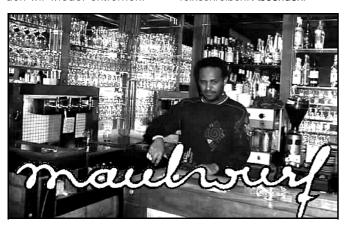
Ihre Veranstaltungen im Internet

Vereine, Bürger-Initiativen, örtliche Parteigliederungen, kulturelle Einrichtungen, sie alle führen immer wieder öffentliche Veranstaltungen durch, von denen möglichst viele Menschen erfahren und dann auch daran teilnehmen sollen. Gerne würden wir mehr davon in VorOrt ankündigen. Doch der Eischeinungsrhythmus der Druckausgabe macht dies oft schwierig.

Wir haben jetzt eine gute Lösung gefunden und bieten allen, die ihre Veranstaltungen einer größeren Öffentlichkeit ankündigen wollen, die Möglichkeit, dies selbst und unzensiert in der Internet-Ausgabe von VorOrt zu tun. Unser Terminkalender steht ab sofort allen offen. Mit einer Einschränkung: nazistische, rassistische oder nationalistische Inhalte werden wir wieder entfernen.

Das Eintragen von Terminen in den Terminkalender ist ganz einfach:

- 1. im Internet die Seite www.vorort-vaihingen.de aufrufen.
- 2. In der Titelleiste auf **Ter-** mine klicken.
- 3. Im Fenster Terminkalender Namen oder Organisation und Email-Adresse eintragen und in das Feld "Ihr Kommentar" den Veranstaltungstermin und -inhalt reinschreiben. Absenden.



UNIVERSUM

DISCO KONZERTE PARTIES

VON MITTWOCH BIS SONNTAG

DER TREFFPUNKT VOR ORT

PFAFFENWALDAING 45 - STGT-VAIHINGEN - UNIVERSITÄT TEL: 0711/6787762 • MX 0711/6787766

<u>Biologische Bautechnik</u> <u>Wärmedämmtechnik</u>



www.orso-gmbh.de

Montage und Verkauf: Ökologische Bau- und Dämmstoffe Naturfarben - Dachfenster - Dach- und Innenausbau Holzböden - Solaranlagen

Jetzt: Dieselstr. 26, 70771 Leinfelden-Echterdingen Telefon 0711/6572598

Bevor Ihnen die Wohnung gekündigt wird, sollten Sie mal bei uns anrufen.



Lernen Sie den Mieterverein kennen! 0711-210160

Mieterverein Stuttgart und Umgebung e. V. Moserstraße 5 70182 Stuttgart



Wir sind für den Mieter da.

Der Mieterverein ganz in Ihrer Nähe: Immer dienstags 14- 16 Uhr Beratung in der alten Rohrer Schule, Egelhaafstr. 1, Raum 1 Um Voranmeldung wird gebeten.



Ki und Aikido

Dojo Vaihingen

Unterricht für Kinder und Erwachsene

Info: 678 78 25 www.ki-aikido-stuttgart.de



LEBEN OHNE RAUFASER

Ästhetische Oberflächengestaltung lutz weidner



Fon. 0711 . 84 955 - 90 fax. 0711 . 84 955 - 91 kirchstraße 47

mit natürlichen Materialien

VorOrt Nr. 33 Seite3

AKW Obrigheim abgeschaltet: Kein Dank an Trittin

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer



Im April wurde nach 37 Jahren endlich das AKW-Obrigheim abgeschaltet. Die Grünen feierten ein "Abschaltfest" und vor allem sich selbst. Auf einer Demo von Anti-AKW-Gruppen rückte Jochen Stay, Sprecher der Anti-Castor Bewegung, das schiefe grüne Bild wieder etwas gerade.

Liebe Freundinnen und Freunde

Ich grüße euch herzlich von den Menschen aus dem Wendland, die jetzt seit 28 Jahren gegen die Atommüll-Lager in Gorleben und für den Ausstieg aus der Atomkraft kämpfen. Ich grüße Euch von denen, die dafür bekannt sind, dass sie niemals aufgeben.(...)

Das AKW Obrigheim wird abgeschaltet. Es hat unendlich lange, viel zu lange gedauert. Aber jetzt ist es endlich soweit. Manche von Euch haben seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten für dieses Ziel gekämpft und ich habe riesigen Respekt vor Euch, dass ihr diesen Kampf immer weiter geführt habt, selbst dann, wenn er fast aussichtslos erschien.

Derzeit jammern viele hier in der Region über die wirtschaftlichen Folgen der Abschaltung des Reaktors und zeigen vorwurfsvoll mit dem Finger auf die, die diese Stilllegung immer wieder gefordert haben. Aber ich glaube, das Ansehen der Atomkraftgegner wird sich

im Laufe der Zeit verändern. In 20, 30 Jahren wird hier niemand mehr die Namen von Kraftwerksdirektoren kennen, aber wer die Leute waren, die diese Region vor einer möglichen Katastrophe bewahrt haben, das wird nicht so schnell in Vergessenheit geraten, da bin ich mir sicher.

Ausdrücklich nicht in meinen Dank einbeziehen kann ich allerdings einen, der derzeit überall rausposaunt, die Stilllegung des AKW Obrigheim wäre sein persönlicher Verdienst, Ergebnis seiner überaus erfolgreichen Politik. Nein Herr Trittin, mitnichten!!!

So vergesslich ist hier niemand! Dass aus den im Atomkonsens angeblich vereinbarten Laufzeiten von 32 Jahren in Obrigheim 37 wurden, dass jeder Tag, den dieser Schrottreaktor länger lief, die Katastrophe hätte bedeuten können, dass weiter Tag für Tag Atommüll produziert wurde, der für unvorstellbare Zeiträume unsere Kindeskinder bedrohen wird, all dies haben wir der Politik von Gerhard Schrö-

der und Jürgen Trittin zu verdanken. Obrigheim ist das kleinste der AKWs und trotzdem hat es sechseinhalb lange Jahre gedauert, bis die rot-grüne Bundesregierung seine Stilllegung durchgesetzt hat. Mit Verlaub, Herr Trittin, das ist kein Erfolg, das ist ein Armutszeugnis, ein Versagen auf ganzer Linie.

Wo ist er denn, der groß angekündigte Atomausstieg? Als rot-grün 1998 antrat, waren 19 Reaktoren am Netz, 2003 wurde Stade an der Elbe aus wirtschaftlichen Gründen von den Betreibern abgeschaltet. Wie im Vertrag mit den Stromkonzernen vereinbart, konnte die in Stade nicht produzierte Reststrommenge auf andere AKWs übertragen werden. So läuft Stade inzwischen in Brokdorf oder Brunsbüttel weiter.

Jetzt wird also endlich hier in Obrigheim stillgelegt. Das war es dann aber auch schon wieder in dieser Legislaturperiode. In insgesamt acht Jahren rot-grün werden also - selbst wenn man Stade mitrechnet - nur die zwei kleinsten Reaktoren vom Netz gegangen sein. Mehr als 95 Prozent der nuklearen Kraftwerkskapazität läuft weiter und die Atomwirtschaft meldet jährlich neue Produktionsrekorde. Es ist kaum zu glauben, aber wahr: Während der Kohl-Regierung ist durchschnittlich pro Jahr mehr AKW-Leistung vom Netz gegangen als jetzt Grüne und SPD zu Wege gebracht ha-

Auch die Zahlen in punkto Atommüll sind erschreckend. Die stammen übrigens nicht von Anti-Atom-Gruppen, sondern vom von der Bundesregierung einge-Expertengremium setzten zur Entwicklung eines Auswahlverfahrens für die Endlagersuche. Dieser so genannten AK End hat errechnet, dass sich die Atommüllmenge, die von der Inbetriebnahme des ersten Reaktors in den 60er Jahren bis zum Zeitpunkt des Atomkonsenses entstanden war, bis zum Abschalten des letzten AKWs noch verdreifachen wird.

Wer das alles Atomausstieg nennt, der betrügt nicht nur seine Wählerinnen und Wähler, der setzt die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen und das Leben unzähliger Menschen aus Spiel.

Vielleicht werden einige von Euch jetzt sagen, es ist zwar nicht ganz falsch, dass ich hier so über Jürgen Trittin schimpfe, aber es gibt doch weitaus größere Übeltäter, wie beispielsweise die in den Chefetagen der EnBW oder im Stuttgarter Umweltministerium. Das ist sicher richtig. Aber die behaupten wenigstens nicht, auf unserer Seite zu sein, die versuchen nicht, Atomkraftgegnerinnen und Gegner davon zu überzeugen, dass bei ihnen der Atomausstieg in besten Händen liegt.

Heute morgen las ich in der Zeitung, dass die baden-württembergischen Grünen sich eine Koalition mit der CDU vorstellen können. Begründung des Landesvorsitzenden Andreas Braun, Zitat: Beide Parteien haben ähnliche Ansätze bei grundsätzlichen Themen wie der Bewahrung der Schöpfung." Zitat Ende. Das lasse ich jetzt einfach mal unkommentiert stehen.



Einen Punkt habe ich noch. dann bin ich zumindest in dieser Rede mit dem Thema Grüne durch. Das Neueste in Sachen verpatzter Atomausstieg ist nämlich die kürzlich von der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen erteilte Genehmigung zum Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau auf die dreifache Kapazität. Damit können zukünftig mehr Reaktoren mit Brennstoff versorgt werden, als es hierzulande überhaupt gibt.

Da wird übrigens die gleiche Anlage ausgebaut, wegen deren geplanten Errichtung im Iran die USA gerade überlegen, ob sie einen Krieg beginnen sollen.

Alle Mitglieder des grünen Kreisverbandes Gronau sind übrigens in dieser Woche geschlossen aus ihrer Partei ausgetreten. (...)

Leserbrief Weit hergeholt

Ihr Artikel "Amis raus" war für eine Stadtteilzeitung doch sehr weit hergeholt. Vor Ort gibt es ja auch genügend Amerikaner. Die Engländer sind raus, die Franzosen sind raus, die Kanadier sind raus, selbst die Russen sind raus, nur die Amerikaner drücken sich noch hier rum, was wollen die eigentlich noch hier? Sie

benehmen sich auch nicht wie Gäste. Diese würden merken, wenn sie lästig werden. Sie benehmen sich immer noch wie Besatzer. Ich denke dabei an die Stationierung der Hubschrauber auf den Fildern, gegen den Protest der Bevölkerung. Den Amis deshalb ein freundliches aber bestimmtes: Ami go home. **Gerhard Gedeck**



VorOrt Nr. 33 Seite4

Große Mehrheit für EU-Verfassung im Bundestag

Sie wissen nicht, was sie tun

Wenn es um so wichtige Fragen wie die einer neuen Verfassung geht, entscheidet in demokratischen Staaten das Volk direkt. So in Frankreich, wo Ende Mai über die EU-Verfassung nach einer breiten und umfassenden öffentlichen Diskussion abgestimmt wird. In der Bunsreplik Deutschland entschieden allein die Abgeordneten des Bundestages über die neue Verfassung. Und die hatten, wie das Fernsehmagazin Panorama herausfand, keine Ahnung, was sie da mit einer 95-prozentigen Mehrheit gut hießen.

Am Morgen vor der Abstimmung jedenfalls konnten auch die außenpolitischen "Experten" aller Fraktionen Fragen der Fernsehjournalisten wie etwa, in welchen Bereichen künftig allein die EU und nicht mehr der Bundestag Gesetze verabschieden könne, oder nach der Möglichkeit von Bürgerbegehren, sowie den erforderlichen Mehrheiten bei Abstimmungen über Gesetze im Ministerrat nicht oder nur völlig falsch beantworten.

Dabei hätte es sich durchaus gelohnt, dem Inhalt der EU-Verfassung etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen, die künftig über dem Grundgesetz stehen wird. (Art.I-6: Die Verfassung und(...) haben Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten")

Man darf allerdings annehmen, dass die meisten der "Volksvertreter" der neuen Verfassung auch zugestimmt hätten, wenn ihnen deren Inhalt bekannt gewesen wäre. Verleiht sie doch dem neoliberalistischen unsozialen Wirtschaftsmodell nun sogar Verfassungsrang. War im Grundgesetz noch bewusst auf eine Festlegung auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung verzichtet worden, verlangt die EU-Verfassung in ihren Mitgliedstaaten zwingend ei-"offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb"

Sklavenhaltung und Leibeigenschaft sind verboten ("Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden"), zugunsten modernerer Formen der Ausbeutung: die "unternehmerische Freiheit" erhält den Rang eines uneingeschränkten Menschenrechts, an dem alle ohnehin eher schwach vertretenen sozialen und Arbeitnehmerrechte ihre Grenze finden. Andere "unveräußerliche" Rechte, die zunächst einmal ganz gut klingen, verlieren etwas an Attraktivität, wenn man die hunderte von Seiten umfassenden "Erklärungen" liest, die fester Bestandteil der Verfassung sind: "Jeder Mensch hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit". Erklärung: Dies gilt nicht für "psychisch Alkohol-Kranke. Rauschgiftsüchtige Landstreicher.

Die Todesstrafe ist verboten – außer für "Taten (...) in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr". Aus dem von vielen geforderten Recht auf Arbeit wurde das "Recht zu arbeiten".

Wettbewerb ist wohl das häufigste Wort in dieser Verfassung. 174 mal kommt es vor. Und die Wettbewerbsfähigkeit wird vor allem auch militärisch vorangetrieben. Einmalig in der Geschichte von Verfassungen demokratischer Staaten ist die Verpflichtung zu stetiger Aufrüstung: "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. "(Art. I-41,3) Um dies zu überwachen und durchzusetzen wird eigens ein "Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten" geschaffen.

Das alles dient allerdings nicht nur der Verteidigung des Territoriums der Union, wie es der Titel "Sicherheits- und Verteidigungspolitik" wohl suggerieren will, sondern vor allem der auch militärischen Durchsetzung europäischer Wirtschafts-Kapitalinteressen in aller Welt: "Der Rat kann zur Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen eine Gruppe von Mitgliedstaaten mit der Durchführung einer Mission (...) beauftragen." Zu diesen Missionen gehören z.B. (Art. III-309) "militärische Abrüstungsmaßnahmen" in Drittstaaten, was, wie auf Nachfrage des Abgeordneten Tobias Pflüger (PDS)

mitgeteilt wurde, auch Einsätze wie den der USA im Irak einschließt.

Über solche Einsätze, wie überhaupt über Krieg und Frieden, entscheidet allein der Ministerrat. Das Parlament wird lediglich nachträglich unterrichtet.

So konstituieren große Teile dieser Verfassung vor allem ein Militärbündnis, das weit über ein Verteidigungsbündnis hinausgeht und von dem klar erkennbaren Ziel geprägt ist, mit der Welt-

macht USA nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch konkurrieren zu können. Indem den Vereinigten Staaten von Amerika, die hochgerüsteten Vereinigten Staaten Europas im Kampf um die Weltherrschaft gegenübertreten, kann von einer Überwindung des Nationalismus durch die EU nicht mehr die Rede sein. Vielmehr beschert sie unheilvollem nationalistischem Denken eine Renaisance auf höherer Ebene.

Engelszunge

Von wegen undemokratisch. Wozu brauchen wir eine öffentliche Diskussion und Volksabstimmung über die EU-Verfassung. Wir haben doch Horst Köhler, die Fußballweltmeisterschaft und außerdem sind wir Papst.

Im Gebiet Honigwiesen wird es immer enger

Audi-VW: Parken im Wohngebiet

Weil auf dem Gelände des Autohauses Audi/VW Kunden in Stosszeiten nicht immer gleich einen Parkplatz finden, verbot die Geschäftsleitung den etwa 100 Mitarbeitern kurzerhand das Parken auf dem Betriebsgelände und verwies sie in die angrenzenden Wohngebiete rund um die Honigwiesenstraße.

Damit die Beschäftigten weiter pünktlich zur Arbeit erscheinen können, wurde ein Zugang zum Betriebsgelände von der Honigwiesenstraße aus geschaffen. Auf Drängen von Anwohnern musste der ietzt wieder aeschlossen werden, weil in dem beim Bau des Autohauses abgeschlossenen Vertrag eben zum Schutz der Wohngebiete Zugänge zum Betriebsgelände von der Nordseite her ausdrücklich untersagt wurden. Dass das Wort "Zugang" in der Baugenehmigung auf wundersame Weise verschwunden war und dort nur noch eine "Zufahrt" ausgeschlossen wurde, hat nach Auskunft des Baurechtsamtes rechtlich keine Bedeutung.

Insofern konnten die Anwohner einen Erfolg verzeichnen. Weiter bestehen blieb aber das Parkverbot für die Mitarbeiter auf dem Firmenparkplatz. Und so verteilen sie sich jetzt halt auf die ganzen umliegenden Wohnstrassen, in denen inzwischen bereits die Müllabfuhr Probleme mit dem Durchkommen hat. Die angefragten Behörden der Stadt erklärten den Anwohnern, dagegen sei nichts zu machen, weil schließlich jeder

parken könne, wo das Parken nicht verboten sei. Das mag sogar stimmen. Wohl etwas zu machen wäre aber gegen die Anordnung eines Parkverbots für die Angestellten auf dem Betriebsgelände. Die badenwürttembergische Bauordnung bestimmt nämlich unmissverständlich: "Bei der Errichtung baulicher Anlagen, bei denen ein Zu- und Abfahrtsverkehr zu erwarten ist, sind notwendige Stellplätze in solcher Zahl herzustellen, dass sie für die ordnungsgemäße Nutzung der Anlagen ausreichen." Und dies gilt auch für Audi und VW.

Herausgeber:

VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen Verantwortlicher Redakteur: Gerhard Wick

Verlagsanschrift:

VorOrt-Verlag, Postfach 800980 70509 Stuttgart Tel: 0711 / 745 05 23

Fax: 0711 / 745 05 24 Email: vorort@tesionmail.de www.vorort-vaihingen.de

Druck: UWS Papier & Druck GmbH

Auflage: 13 000 Bankverbindung:

VR-Bank Stuttgart Kontonummer: 1000 150 00

BL 7: 600 608 93